

## **FAZ-Kolumne**

25 November 2013

### **Deutschlands Verantwortung**

*von Michael Heise*

Deutschland sollte nicht entrüstet auf die Kritik aus Brüssel und Washington an unserem Leistungsbilanzüberschuss reagieren. Eine reflexartige Abwehr wäre aus mehreren Gründen nicht anzuraten. Wir Deutsche haben darauf hingearbeitet, dass der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt durch einen Mechanismus zur Überwachung von makroökonomischen Ungleichgewichten ergänzt wird. Es wäre fahrlässig, dieses neue Instrument direkt zu diskreditieren. Schon den Schuldenregeln des Stabilitätspakts wurde der Biss genommen, als Deutschland und Frankreich in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts davon abwichen und den Pakt dann einer „Reform“ unterzogen. Eine stabile makroökonomische Entwicklung in der Eurozone ist mindestens so wichtig wie fiskalpolitische Disziplin. Die tiefe Rezession in den Peripherieländern der Währungsunion war Folge solcher Ungleichgewichte, vor allem von stark defizitären Leistungsbilanzen und einer ungesunden Zunahme der privaten Verschuldung. Um solche Fehlentwicklungen in Zukunft zu vermeiden, muss man auch für Kritik an der eigenen Position offen sein.

Dass Exportüberschüsse keineswegs Zeichen einer wirtschaftlichen Stärke sind, wenn sie aus zu geringer Nachfrage im Inland resultieren, ist schon in den achtziger Jahren in Deutschland breit diskutiert worden. Die aktuelle Debatte hat daher keinen besonders hohen Neuigkeitswert. Es ist relativ einfach: Deutschlands hohe Sparkraft wird nicht durch entsprechende Investitionen im eigenen Land absorbiert, sondern (wieder) zu einem beachtlichen Teil exportiert. Die öffentlichen Investitionen sind schon seit Jahren auf einem niedrigen Niveau und die jahrelange Finanz- und Schuldenkrise hat die privaten Investitionen beträchtlich gedämpft.

Aus diesem Blickwinkel wird klar, welches sinnvolle und weniger sinnvolle Wege sind, um die Exportüberschüsse zu reduzieren. Aggressive Lohnsteigerungen zur Erhöhung der Konsumnachfrage, wie mitunter gefordert, wären kontraproduktiv. Sie brächten vielleicht einen temporären Konsumzuwachs, mit Sicherheit aber erhebliche Risiken für den Arbeitsmarkt. Der Standort Deutschland würde durch Kostensteigerungen geschwächt, Investoren würden eher abwandern. Die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu schwächen, kann in einem marktwirtschaftlichen System nicht ernst gemeint sein, das werden auch unsere Partner in Washington und Brüssel so sehen. Aber es gibt Handlungsmöglichkeiten. Um den Konsum nachhaltig zu erhöhen, könnte die im internationalen Vergleich relativ hohe

Abgabenlast auf kleinere Einkommen gemindert werden. Die OECD und die EU-Kommission argumentieren in diese Richtung. Dagegen sollten wir uns nicht sperren. Darüber hinaus muss mehr zur Ankurbelung von Investitionen getan werden: Kein alleiniger Fokus auf neue und höhere Sozialausgaben, sondern mehr öffentliche Investitionen. Bessere Rahmenbedingungen für Investoren, etwa durch Abschreibungserleichterungen oder finanzierungsneutrale Gewinnbesteuerung, durch Kostenkontrolle im Energiebereich, mehr Offenheit für neue Technologien und Förderung von Unternehmensgründungen sowie durch Anstrengungen zur Verbesserung der Netzinfrastruktur, u.a. beim Strom, der Telekommunikation oder im Verkehr. All dies würde auch unseren Handelspartnern zugute kommen.